

Bekanntmachung

über das Inkrafttreten der 1. Änderung der Satzung zum Bebauungsplan Nr. 46 "Nachnutzung Brachfläche Matthias-Erzberger- Straße/Gerichtsweg"

Der Stadtrat der Stadt Taucha hat gemäß § 10 Abs. 1 BauGB in seiner Sitzung am 14.03.2019 mit Beschluss Nr. 2019/016 den geänderten Bebauungsplan Nr. 46

"Nachnutzung Brachfläche Matthias-Erzberger-Straße/Gerichtsweg" als Satzung beschlossen und die Begründung gebilligt.

Die Grenze des räumlichen Geltungsbereiches des Bebauungsplanes ist im beigefügten Übersichtsplan nachrichtlich wiedergegeben. Maßgebend für den Geltungsbereich ist allein die zeichnerische Festsetzung im Bebauungsplan.

Der Beschluss wird hiermit gemäß § 10 Absatz 3 Satz 1 BauGB bekannt gemacht.

Mit der Bekanntmachung im Tauchaer Stadtanzeiger, Ausgabe April 2019, Erscheinungstag 01.04.2019 tritt die 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 46 "Nachnutzung Brachfläche Matthias-Erzberger-Straße/Gerichtsweg" in Kraft.

Der Bebauungsplan Nr. 46 "Nachnutzung Brachfläche Matthias-Erzberger-Straße/Gerichtsweg", bestehend aus der Planzeichnung mit Planzeichenerklärung sowie zeichnerischen und textlichen Festsetzungen vom 18.04.2018, zuletzt angepasst und redaktionell überarbeitet am 14.03.2019 sowie die zugehörige Begründung vom 19.04.2018, redaktionell überarbeitet am 14.03.2019 werden gemäß § 10 Abs.3 Satz 2 BauGB in der Stadtverwaltung Taucha, Fachbereich Bauwesen, 3. Obergeschoss, Zimmer 303, Schloßstraße 13, 04425 Taucha während der Dienststunden zu jedermanns Einsicht auf Dauer bereitgehalten.

Über den Inhalt wird auf Verlangen Auskunft erteilt.

Gemäß § 10 a Abs.2 BauGB werden die Unterlagen auch in das Internet unter nachstehender Adresse www.taucha.de → Bauen und Wohnen → Bauleitplanung eingestellt.

Auf die Vorschriften des § 44 Abs. 3 Satz 1 und 2 sowie Abs. 4 BauGB über die fristgemäße Geltendmachung etwaiger Entschädigungsansprüche von durch Festsetzungen des Bebauungsplanes oder

seiner Durchführung eintretenden Vermögensnachteilen, die in den §§ 39 bis 42 BauGB bezeichnet sind sowie über die Fälligkeit und das Erlöschen von Entschädigungsansprüchen bei nicht fristgemäßer Geltendmachung wird hingewiesen. Der Entschädigungsberechtigte kann die Fälligkeit des Anspruches dadurch herbeiführen, dass er die Leistung der Entschädigung schriftlich bei dem Entschädigungspflichtigen (§ 44 Abs. 1 BauGB) beantragt. Ein Entschädigungsanspruch erlischt, wenn nicht innerhalb von drei Jahren nach Ablauf des Kalenderjahres, in dem die in den §§ 39 bis 42 bezeichneten Vermögensanteile eingetreten sind, die Fälligkeit des Anspruches herbeigeführt wird.

Auf die Voraussetzungen für die Geltendmachung der Verletzung von Vorschriften sowie auf die Rechtsfolgen wird gemäß § 215 Abs. 2 BauGB hingewiesen. Gemäß § 215 Abs. 1 BauGB werden unbeachtlich, eine nach § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 bis 3 BauGB beachtliche Verletzung der Vorschriften über das Verhältnis des Bebauungsplanes und des Flächennutzungsplanes und nach § 214 Abs. 3 Satz 2 BauGB beachtliche Mängel des Abwägungsvorganges, wenn sie nicht innerhalb eines Jahres seit Bekanntmachung der Satzung schriftlich gegenüber der Stadt Taucha unter Darlegung des die Verletzung begründenden Sachverhaltes geltend gemacht worden.

Weiterhin wird darauf hingewiesen, dass nach § 4 Abs. 4 der Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen (SächsGemO) Satzungen, die unter Verletzung von verfahrens- und Formvorschriften der SächsGemO zustande gekommen sind, ein Jahr nach ihrer Bekanntmachung als von Anfang an gültig zustande gekommen gelten.

Dies gilt nicht, wenn die Ausfertigung der Satzung nicht oder fehlerhaft erfolgt ist, Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzung, die Genehmigung oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind, der Bürgermeister dem Beschluss nach § 52 Abs. 2 SächsGemO wegen Gesetzeswidrigkeit widersprochen hat, vor Ablauf der Frist die Rechtsaufsichtsbehörde den Beschluss beanstandet hat oder die Verletzung der Verfahrens- und Formvorschriften gegenüber der Gemeinde unter Bezeichnung des Sachverhaltes, der die Verletzung begründen soll, schriftlich geltend gemacht worden ist.



Tobias Meier

Tobias Meier, Bürgermeister

